presse

Menschen mit Behinderungen in Entwicklungsländern nicht vergessen

Anlässlich des Tages der Menschen mit Behinderungen am 3. Dezember 2012 erklärt die zuständige Berichterstatterin in der Arbeitsgruppe wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung der SPD-Bundestagsfraktion Karin Roth:

Weltweit leben eine Milliarde Menschen mit einer Behinderung. Davon Schätzungen zufolge 80 Prozent in den Entwicklungsländern.

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert in Ihrem Antrag „Behinderung und Entwicklungszusammenarbeit – Behindertenrechtskonvention umsetzen und Entwicklungszusammenarbeit inklusiv gestalten“ die Bundesregierung dazu auf, die Belange von Menschen mit Behinderungen stärker in den Fokus der Entwicklungszusammenarbeit zu stellen und die VN-Behindertenrechtskonvention umfassend umzusetzen.

Menschen mit Behinderungen haben insbesondere auch in Entwicklungsländern einen erschwerten Zugang zu medizinischen Dienstleistungen und Arbeit, sie sind aus vielen Lebensbereichen ausgeschlossen und erfahren tagtäglich neben gravierenden Menschenrechtsverletzungen Diskriminierung und Marginalisierung. Menschen mit Behinderungen sollen an allen Lebensbereichen ohne Diskriminierung in einer Gesellschaft teilhaben. Deswegen fordert die SPD-Bundestagsfraktion international einheitliche Daten zur Umsetzung der Behindertenrechtskonvention zu erheben und entsprechend gleiche Förderbereichsschlüssel einzuführen. Zudem muss künftig eine Zielgröße „Menschen mit Behinderung“ im Einzelplan 23 verankert werden.

Großer Handlungsbedarf besteht darüber hinaus bei der Umsetzung des inklusiven Ansatzes in der humanitären Hilfe, Katastrophenhilfe, Not- und Übergangshilfe. Gerade in humanitären Notlagen sind Menschen mit Behinderungen besonders gefährdet, von notwendigen Hilfsmaßnahmen ausgeschlossen zu werden.

Menschen mit Behinderung sind zudem besonders von Armut betroffen. Diesen Menschen fehlt es häufig an angemessener Schulausbildung und Möglichkeiten

der Erwerbstätigkeit. Zudem sind sie sozial schlechter abgesichert als andere. Besonders betroffen sind Frauen und Kinder. Ein großer Teil der Kinder, die nicht zur Schule gehen, sind Kinder mit Behinderungen. Behinderte Frauen sind mit mehrfacher Benachteiligung konfrontiert. Diskriminierung und Exklusion in Bezug auf Geschlecht und Behinderungen multiplizieren sich. Diese Risiken sind für Menschen mit Behinderung in den Entwicklungsländern ungleich höher. Deswegen muss Entwicklungspolitik inklusiv gestaltet werden.